



FELIX SYROVATKA
NEUE EUROPÄISCHE
ARBEITSPOLITIK
UMKÄMPFTE INTEGRATION
IN DER EUROKRISE

Campus,
 Frankfurt a. M./New York
 2022

ISBN 978-3-593-51525-0
 567 Seiten, 49,00 €

Krisen offenbaren seit Anbeginn des Europäischen Integrationsprozesses auch wesentliche Potenziale für die Vertiefung der Europäischen Union (EU), indem Maßnahmen zur unmittelbaren Krisenbewältigung – und somit unter erheblichen Sachzwängen – sukzessive in den Kanon europäischer Politikgestaltung institutionell verankert und legitimiert werden. Solche temporären Möglichkeitsfenster bieten den „überlegenen“ und zum Zeitpunkt der Krisen hegemonial auftretenden Akteursnetzwerken die Chance, die weitere Politikgestaltung strukturell und inhaltlich in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken. Daraus folgend stellt die Vergegenständlichung von Europäischer Governance ein Abbild der vorherrschenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dar, welche sich in der Identifikation von Problemen, deren Interpretation, der Formulierung von Lösungsansätzen sowie der effektiven Politikumsetzung ausdrücken.

Felix Syrovatka leistet mit seiner Dissertationsschrift einen gewinnbringenden Einblick in Mechanismen, die es hegemonialen Akteursnetzwerken ermöglichen, die Bandbreite gesamteuropäischer Interventionen in ihrem Sinne auszuweiten und Zugriff auf nationalstaatlich geregelte Politikbereiche zu bekommen (S. 463). Das Buch nimmt dabei wesentliche Politikinnovationen im Anschluss an die Finanzkrise 2008/09 zum Gegenstand, um Auswirkungen auf die Genese einer Europäischen Arbeitspolitik pfadabhängig zu skizzieren. Diese Politikinnovationen basieren auf impliziten und expliziten Mechanismen, die vonseiten der Troika, bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischem Rat und Internationalen Währungsfonds (IWF), sowie der Europäischen Zentralbank (EZB) eingesetzt werden, um Mitgliedstaaten – im Gegenzug zum Erhalt von Finanzmitteln – zu Reformen zu nötigen (S. 382ff.). Des Weiteren wurde 2011 mit dem Europäischen Semester ein Verfahren geschaffen, welches regulatorische Eingriffe von europäischer auf nationalstaatliche Ebene ermöglicht. Erreicht wird dies, indem es die „weiche“ Koordinierung nationaler Arbeitspolitik in die Verfahrenslogik einer sanktionsbasierten, „harten“ fiskalpolitischen Steuerung integriert und dadurch verbindlicher macht.

Nach Darlegung der Struktur und Wirkmächtigkeit von Europäischer Governance wird im Buch detailliert und umfangreich diskutiert, wie neoliberale und sozial-regulative Akteursnetzwerke unterschiedlich erfolgreich sind, ihre Interessen im Diskurs über die Ausgestaltung Europäischer Arbeitspolitik innerhalb der gegebenen Gelegenheitsstrukturen durchzusetzen. Dazu greift Syrovatka auf die Methodik der historisch-materialistischen Politikfeldanalyse zurück. 1800 Dokumente liegen der empirischen Analyse zugrunde, um inhaltliche Positionierungen und strategische Ausrichtungen neoliberaler und sozial-regulativer Akteursnetzwerke in den Durchsetzungs- und Entscheidungsprozessen zu rekonstruieren. Ergänzend wurden zur Qualifizierung der Ergebnisse 31 Interviews mit Vertreter*innen aus der Kommission, dem Europäi-

schen Parlament, der deutschen Bundesregierung und Arbeitnehmer*innenverbänden auf europäischer und deutscher Ebene geführt. Abschließend wird anhand von Länderstudien zu Italien, Griechenland und Frankreich akribisch offengelegt, wie im Zeitraum von 2011 bis 2017 die Ausgestaltung der jeweiligen nationalen Arbeitspolitik durch Europäische Governance beeinflusst wurde.

Syrovatka kommt in seiner Analyse zu dem Schluss, dass die vorherrschenden Machtverhältnisse in der Europäischen Governance zugunsten neoliberaler Akteursnetzwerke gut abgesichert sind. Dadurch ist es diesen möglich, Diskurshegemonie über die Formulierung europäischer Positionen zur Europäischen Arbeitspolitik auszuüben. Laut Syrovatka ist der Diskurs in erster Linie von dem Narrativ der „unflexiblen und verkrusteten Arbeitsmärkte“ dominiert, welche als Ursache für eine geringe „ökonomische Resilienz“ gegenüber konjunkturellen Schwankungen angesehen werden (S. 394). Ökonomische Resilienz soll durch eine flexible und unmittelbare Anpassungsfähigkeit, insbesondere der Lohnfestsetzung, zur Steigerung der Produktivität im Vergleich zum globalen Wettbewerb gestärkt werden. Dieses Narrativ, welches darauf abzielt, nationalstaatliche Regulationsformen und institutionalisierte gewerkschaftliche Machtressourcen im Lohnbildungsprozess aufzubrechen, wird zum „Imperativ und Strukturierungsfaktor arbeitspolitischer Aktivitäten“ (S. 393). Konkret stehen daher eine Dezentralisierung der Lohnbildung, eine Deregulierung der arbeitsrechtlichen Absenkung des Mindestlohns, eine moderate Lohnentwicklung und die Reform der Arbeitslosenversicherung auf der Agenda, wie Syrovatka anhand der Analyse bilateraler Memoranden of Understanding (MoU) der Troika und der EZB, aber auch der länderspezifischen Empfehlungen darlegt (S. 395). Im Gegensatz dazu haben sich alternative Erklärungen im Diskurs nicht durchsetzen können, welche die Ursache für sozioökonomische Ungleichgewichte in der Fehlkonstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion sehen und daraus die Notwendigkeit sozial-regulativer Politik ableiten (S. 253).

Entgegen dem dominierenden Diskurs macht Syrovatka ab 2014 einen Bruch in der Entwicklung Europäischer Arbeitspolitik fest. Vor allem zur Eindämmung der pandemiebedingten Wirtschaftsfolgen 2020/21, aber auch zur Bewältigung der aktuellen Energiekrise, werden nun sozial-regulative Projekte in Erwägung gezogen und deuten auf eine Trendwende hin. Für Syrovatka ist allerdings klar, dass in der jüngst gezeigten Politik keine substanzielle Änderung in der politischen Ausgestaltung europäischer Arbeitspolitik zu erwarten sei, sondern dieses Einlenken vielmehr als notwendig erachtet werde, um einen Ausweg aus dem blockierten Integrationspfad zu ebnen (S. 479). Diese temporäre Politikänderung stehe daher eng in Zusammenhang mit der Zunahme euroskeptischer Wähler*innen, wie er sich bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 und nationalen Wahlen seit 2012 gezeigt hat (S. 443).

BESPROCHEN VON

Bernhard Zeilinger, Dr. phil.,
 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fachhochschule des BFI Wien – Hochschule für Wirtschaft, Management und Finance.

Der Autor eröffnet mit dem Buch einen schonungslosen Einblick in die Rationalität hegemonialer neoliberaler Akteursnetzwerke und ihrer Strategien, mit denen sie versuchen, ihre politischen Interessen nachhaltig abzusichern. Er rechnet daher mit einer zu optimistischen Interpretation kürzlich gesetzter Maßnahmen ab und betont die vorherrschenden Machtasymmetrien im institutionel-

len Gefüge Europäischer Governance, die nicht so einfach überwunden werden könnten. Vielmehr seien aktuelle Entwicklungen als ein Ringen neoliberaler Akteure um neue Handlungsfelder zu deuten, mit dem Ziel, verlorengegangenes Terrain für die Durchsetzung ihrer Agenden zurückzugewinnen. ■